

## **Schweiz: Pro Jahr werden bis zu 100 Intersexuelle geboren**

**Bis zu 100 Neugeborene pro Jahr sind weder Bub noch Mädchen. Auf Anfrage von vier Kantonsräten publiziert der Regierungsrat erstmals Details zum Umgang des Kinderspitals Zürich mit intersexuellen Patienten.**

Wird heute im Universitäts-Kinderspital Zürich ein Kind geboren, bei dem nicht klar ist, ob es ein Mädchen oder ein Bub ist, werden die Familien von Teams mit Urologen, Psychologinnen, Ethikern und anderen Spezialistinnen betreut. In gemeinsamen Gesprächen sollen die Fachleute mit den Eltern herausfinden, wie und ob das Kind überhaupt behandelt werden soll. Das Kindeswohl gebe den Ausschlag, schreibt der Regierungsrat in einer Antwort auf eine Anfrage von vier Kantonsräten. Auch wenn für die Eltern eine Operation oft das Hauptthema sei, könnten diese medizinisch nicht indizierte Operationen nicht einfordern. Dies ist eine ganz andere Position, wie sie noch Mitte des 20. Jahrhunderts von den meisten Medizinern vertreten wurde. Vielfach wurde den kleinen Patienten operativ ein Geschlecht zugeteilt. Einfachheitshalber wurden sie zu Mädchen umoperiert – so auch am Kinderspital Zürich.

### **80 Prozent der Akten vernichtet**

Ende 2018 warfen Betroffene von Intersexualität dem Kinderspital vor, Akten vernichtet zu haben. Im Rahmen eines Forschungsprojekts erarbeitet das Kispi, wie zwischen 1945 und 1970 mit intersexuellen Kindern verfahren wurde. Bei der Aufarbeitung wurden die Kispi-Akten dem Staatsarchiv übergeben, jedoch nur gut 20 Prozent davon wurden archiviert – wie dies der Praxis des Staatsarchivs entspricht. Anfang 2019 rief dieser Disput Brigitte Rööslü auf den Plan. Die SP-Kantonsrätin aus Illnau-Effretikon und Co-Präsidentin der Patientenstelle Zürich reichte mit zwei Kantonsrätinnen eine Anfrage ein. Mit der Antwort sei sie nicht zufrieden gewesen, sagt Rööslü heute. «Mir schien, der Regierungsrat hat sich für die Antwort gar nicht beim Kinderspital um die entsprechenden Informationen bemüht.» Deshalb hakte Rööslü nach, mit einer weiteren Anfrage und einem detaillierten Fragenkatalog: «Mir ist wichtig, dass das Thema enttabuisiert wird und der Umgang mit dieser Minderheit in einem öffentlichen Papier festgehalten wird.» In seiner kürzlich veröffentlichten Antwort schreibt der Regierungsrat, dass in der Schweiz jedes Jahr schätzungsweise zwischen 20 und 100 Kinder mit nicht eindeutigen Varianten der Geschlechtsentwicklung zur Welt kommen. Genauere Zahlen gebe es nicht, da kein Konsens existiere über die Definition von Intersexualität.

### **Operationen finden noch statt**

Wenn immer möglich, versuchten die Ärztinnen des Kispi, Operationen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, damit die betroffenen Kinder selbst mitentscheiden könnten. Dennoch werden am Kispi Kleinkinder am Geschlecht operiert. Etwa wenn bei Buben eine Hypospadie vorliegt, die Harnröhre also nicht in die Eichel mündet, oder wenn bei Mädchen die Harnröhre in die Vagina führt. Bei diesen rund 120 Eingriffen pro Jahr sei die Mehrzahl der Kinder aber nicht von einer Intersexualität betroffen, schreibt der Regierungsrat weiter. Die Betroffenen und ihre Eltern werden im Kispi von den Teams eng betreut und möglichst bis zur Volljährigkeit begleitet. Die individuellen Entscheidungsprozesse werden dokumentiert, der Kontakt zu Betroffenenorganisationen sei hergestellt, und auch die Aufarbeitung der historischen Fälle in der erwähnten Studie sei bald abgeschlossen. Die Ergebnisse sollen im Herbst vorliegen. Mehrere Studien zum Thema liessen ein Spektrum von widersprüchlichen Bedürfnissen erkennen, schreibt der Regierungsrat weiter. Gemäss einer noch nicht publizierten Studie wünsche eine knappe Mehrheit der Betroffenen nach wie vor Operationen im frühen Kindesalter, während dies eine Minderheit ablehne. Brigitte Rööslü ist diesmal zufrieden mit Antwort des Regierungsrats. Denn sie zeige auf, wie mit dem Thema im Kispi umgegangen werde, und wo allenfalls

Handlungsbedarf bestehe. Laut Einschätzung des Kispi kann die psychiatrische Betreuung von Intersex-Patienten noch verbessert werden. Auch müsse das Thema noch besser in die medizinische Aus-, Weiter- und Fortbildung integriert werden.

## **Die Kirche hat bisher meist geschwiegen**

In der Kirche ist Intersexualität indes kein Thema. Noch nicht. Es gibt keine lehramtlichen Aussagen über die Zwischengeschlechtlichkeit und im theologischen Standardwerk, dem Lexikon für Theologie und Kirche, findet man zwar Einträge zu Homosexualität und Transsexualismus, einen Eintrag unter dem Stichwort Intersexualität sucht man jedoch vergebens. Zudem hat bislang kein deutsches Bistum einen offiziellen Seelsorger für Intersexuelle ernannt. Anders in der Schweiz: Im Bistum Basel gibt es seit etwas mehr als einem Jahr den Arbeitskreis Regenbogenpastoral. Er ist die pastorale Anlaufstelle eben nicht nur für homo-, bi- und transsexuelle Menschen, sondern auch für Intersexuelle.

"Auch die Kirche hat bislang zu sehr in zweigeschlechtlichen Bahnen gedacht", sagt Susanne Andrea Birke, die dem Arbeitskreis angehört, der im offiziellen Auftrag des Basler Bischofs Felix Gmür gegründet wurde. "Überall dort, wo nur an zwei Geschlechter gedacht wurde, muss man nachbessern und in der Kirche Raum für intersexuelle Menschen schaffen", fordert die deutsche Theologin, die seit mehr als 25 Jahren in der Schweiz lebt. Von den Betroffenen weiss sie, dass sich Intersexuelle bei sexueller Diskriminierung Unterstützung von kirchlicher Seite erhoffen. Um dieses Ziel zu erreichen, will der Arbeitskreis innerhalb der Kirche für das Thema Intersexualität sensibilisieren. "Es ist noch zu wenig Wissen über Menschen zwischen den Geschlechtern in der Kirche vorhanden", beklagt Birke. Aufklärungsarbeit sei daher sehr wichtig.

Intersexuelle hätten in den letzten Jahrzehnten viel Leid erlebt, etwa durch die Operationen, die auch heute noch oft bei intersexuell geborenen Babys zur Zuweisung eines bestimmten Geschlechts oder aus sogenannten kosmetischen Gründen durchgeführt werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Regenbogenpastoral soll die Arbeit mit Eltern sein, deren Kinder weder Jungen noch Mädchen sind. Auch Fortbildungen in der Krankenhausesorge sind angedacht. Das wichtigste sei jedoch das Zugehen auf die Community.

Im Basler Bischofsrat gebe es eine grosse Betroffenheit beim Thema Intersexualität, erzählt Birke. "Die Bistumsleitung steht hinter der Regenbogenpastoral als Ganzes, allerdings habe ich an der Basis sehr wohl auch negative Reaktionen, beziehungsweise auch diskriminierende Äusserungen von einem Priesterkollegen bei Fragen der Homosexualität erlebt. Dennoch herrscht vielerorts grosse Offenheit und werden die Anliegen schon lange mitgetragen." Ein Blick auf den Schweizer Bischof Vitus Huonder zeigt, wie tief Vorbehalte gegen Homosexuelle auch im Klerus vorhanden sind.

Wenn das Geschlecht nicht klar bestimmbar ist, ergeben sich in letzter Konsequenz auch kirchenrechtliche Probleme. Die Sakramente der Eheschliessung oder Weihe sind nicht möglich, da sie an ein eindeutiges Geschlecht gebunden sind. Ebenso ergibt sich bei der Taufe eine Schwierigkeit, denn die Täuflinge müssen auf einen Namen getauft werden. Diese sind in den allermeisten Fällen nur männlich oder weiblich. Von diesen Fällen sprach auch der Münsteraner Kirchenrechtler Thomas Schüller in einem am Donnerstag veröffentlichten Interview mit der Zeit-Beilage "Christ und Welt". Er erwartet, dass sich die vatikanische Glaubenskongregation in der Zukunft mit Intersexualität auseinandersetzen wird. Denn immer mehr Staaten schaffen die Möglichkeit, dass ihre Bürger weder als Mann noch als Frau registriert werden.